

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Brutale Verbrechen rumänischer Zigeuner verunsichern Italien. Hans Fehr zeigt auf, was mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auch für uns auf dem Spiel steht.

Seite 7



Jugendgewalt und Ausländerkriminalität werden von so genannten «Experten» verharmlost und schöngeschrieben. Matthias Hauser verweist auf die Realität.

Seite 11



Bürokratische Hürden stehen unkomplizierten Lösungen auch auf dem Arbeitsmarkt entgegen. Ein Erfahrungsbericht von Lien Füglistaller.

Seite 13

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 1/2008

Mit Volk und Vernunft gegen Illusionen und Intrigen

Nationalrat Ueli Maurer S. 3

Mit neuen Führungsstrukturen schlagkräftig in die Legislatur 08/11

Der Vorschlag des Zentralvorstandes S. 4

Opposition in der Schweiz

Antworten auf die häufigsten Fragen S. 6

Von Minaretten, Glaubens- und Gewissensfreiheit

Landrat Paul Wenger S. 9

Muslimische Ansprüche

S. 10

Dezember-Intrige: Reaktionen aus dem Volk

S. 12

Die Weber-Initiative würde die Luftwaffe der Schweiz vernichten!

Prof. Dr. Albert A. Stahel S. 14

Abstimmungen

Die Vorlagen in Stichworten S. 15

Reklame

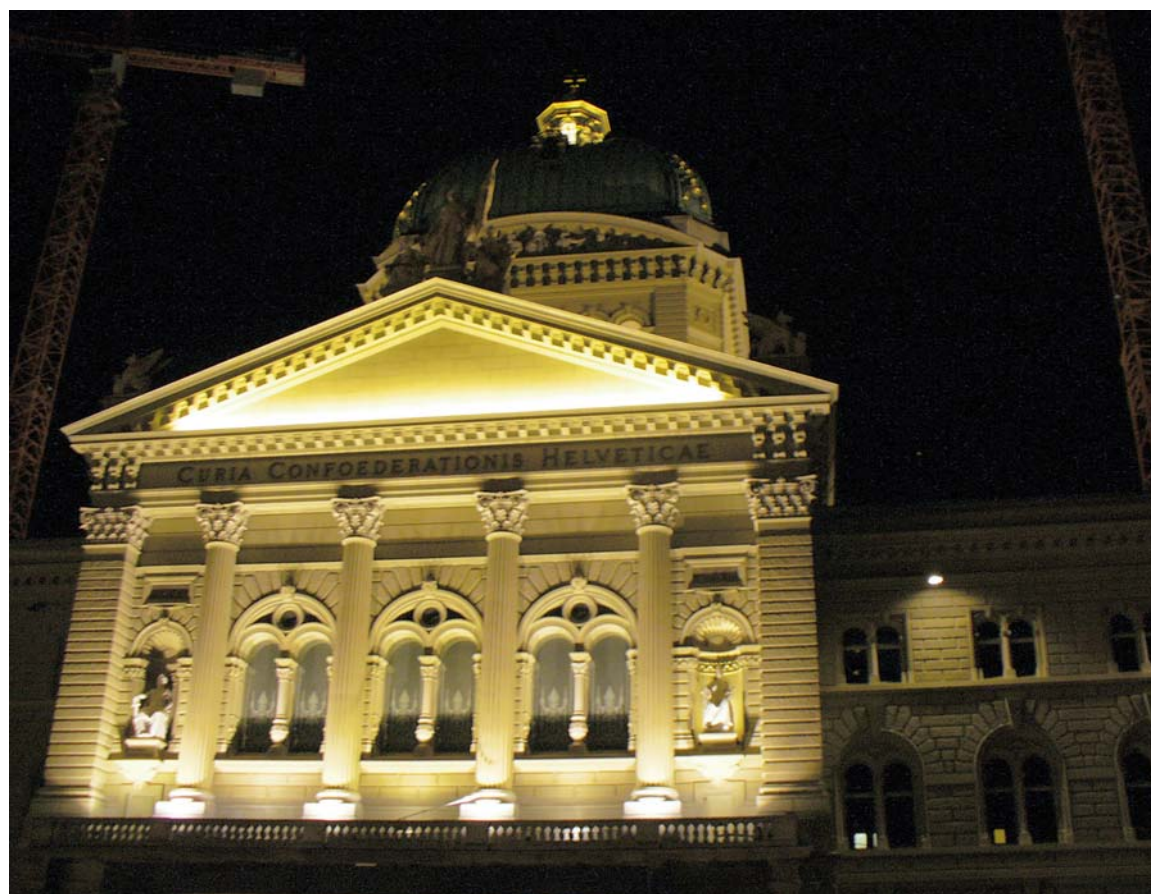
Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Schlagkräftig in die neue Legislatur

Am 1. März wird die eidgenössische Delegiertenversammlung der SVP über eine Verbreiterung der Führungsorganisation befinden. Vorgeschlagen sind Strukturen, die dem Wachstum und den veränderten Aufgaben der Partei Rechnung tragen. Für die neuen Funktionen stehen Politiker mit Erfahrung und Rückgrat zur Verfügung, die zusammen als überzeugte und überzeugende Mannschaft eine konsequente, geradlinige Oppositionspolitik garantieren.



Unsere Aufgabe in der Opposition: Licht ins Dunkel der Regierungspolitik bringen



Shop

..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr.	79.–
..... Expl.	Pin	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 27 Kleber	Fr.	5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 x / Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

zprint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Mit Volk und Vernunft gegen Illusionen und Intrigen

Der Dezember-Coup der classe politique hat mit Christoph Blocher die einzige Reformkraft aus der Landesregierung entfernt. Wie akut nun die Gefahr eines Rückfalls in die verhängnisvollen 90er-Jahre ist, zeigen die ersten Geschäftshandlungen seiner Nachfolgerin. Kaum im Amt, schickt sie sich an, ihren Helfern die Wahlschuld mit politischen Konzessionen zu bezahlen: An den Beginn ihrer neuen Tätigkeit stellte sie die Entlassung Walter Eberles, des für seine Tüchtigkeit und bürgerliche Gesinnung bekannten Generalsekretärs des EJPD. Umgehend wurden seine Kompetenzen an christdemokratische Beamte übertragen. Diesen Machtzuwachs der CVP-Seilschaft kommentiert die NZZ für einmal mit seltener Treffsicherheit: Die neue Magistratin stelle sich unter das Schutzpatronat derer, die sie auch massgeblich in das Amt gehievt hätten.

Aus Distanz betrachtet fügt sich die Rache- und Neidintrige der politischen Kaste passend ins Gesamtbild der jüngsten Schweizer Geschichte:



Realitätsblindheit ist seit den späten 80er-Jahren eine Konstante unserer Politik.

Das Ende der Sowjetunion, der Mauerfall, der Rückzug der roten Armee aus den Angriffsstellungen in Mitteleuropa und erste demokratische Gehversuche geknechteter Völker lösten Begeisterungstaumel aus. Das Ende der grossen trennenden Grenze zwischen dem freien Westen und dem sozialistischen Osten weckte verzückernde Gefühle einer

horizontweiten Grenzenlosigkeit. Die Erleichterung ist verständlich – die Verfestigung der Euphorie zum politischen Programm ist es nicht.

Während die EU die Vision vom neuen und freien Europa alsbald in Bürokratie erstarren liess, extrapolierte in unserem Land eine linksintellektuelle Elite ihre Phantasien der Unbegrenztheit in weitere Bereiche: Tradition und Kultur sollten in einem multikulturellen Potpourri aufgehen, unser Recht an Geltungskraft einbüßen und einem diffusen so genannten Völkerrecht nachwertig erklärt werden, der Staatshaushalt sich nicht mehr länger nach den Einnahmen richten. Die Thesen des amerikanischen Politologen Francis Fukuyama vom «Ende der Geschichte» machten die Runde und wurden auch in der Schweiz geglaubt. Denn nur zu verführerisch wurden diese hierzulande interpretiert: im Sozialgarten Eden in ewigem Frieden ungestört schlaffen können. Umgesetzt in die Realpolitik bedeutet das: Anstieg der öffentlichen Verschuldung, der Staatsquote, der Krimina-

lität. Und die Reformdemontage/De-montagereform unserer Armee, bis selbst das höchste Kader nicht mehr an ihre Einsatztauglichkeit glaubt.

Allerdings wurde in den vergangenen Jahren auch eine neue Grenze errichtet: Skeptiker und Kritiker werden unter Quarantäne gestellt. Intellektuelle und Medienführer grenzen aus, wer ihre Utopien hinterfragt; Linke und scheinbürgerliche Politiker entfernen aus den Entscheidungsprozessen, wer sich an Tatsachen statt an Träumen orientiert. Das war auch das Ziel des Komplotts gegen unseren bürgerlichen Mahner im Bundesrat: Weil er sich nicht verleugnete, wurde er aus der Regierung verbannt – und mit ihm das liberalkonservative Gedankengut.

Wenn wir die Politik in der Schweiz verändern wollen, müssen wir Brechen in diesen eisernen Vorhang schlagen, welchen die classe politique gegen Volk und Vernunft errichtet hat. Bürgerwille und Realismus zum Durchbruch verhelfen, das ist unsere Aufgabe!

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Vorschlag des Zentralvorstandes zuhanden der Delegiertenversammlung

Mit neuen Führungsstrukturen schlagkräftig in die Legislatur 08/11

So, wie Regierung und classe politique das Volkswohl aus den Augen verloren, ist die SVP als Gegenkraft gewachsen. Wir haben in den letzten Jahren an Wählern und Mandaten zugelegt wie hierzulande noch nie eine Partei zuvor. Historisch einmalig ist der Stimmenzuwachs der SVP bei nationalen Wahlen: Seit den 70er Jahren hat unsere Partei den Wähleranteil von um die 10% auf fast 30% gesteigert. Die SVP wurde zur mit Abstand stärksten Fraktion im eidgenössischen Parlament. Seit Beginn der 90er-Jahre wuchs unsere Vertretung im Nationalrat von 25 auf gegenwärtig 62 Sitze. Damit ist sie jetzt exakt doppelt so stark wie die FDP oder die CVP. Das Wachstum zeigt sich aber auch in den kantonalen Parlamenten und in den Hunderten von neu gegründeten Sektionen in der ganzen Schweiz. Die SVP erschloss sich neue Regionen und gewann in der Zentral- sowie der Westschweiz eine treue Wählerschaft. Heute stellen wir Kantons- und Nationalräte in Kantonen, in denen vor einigen Jahren noch gar keine SVP existierte. Und eine weitere Wachstumswelle ist Mitte Dezember angerollt ...

Professionalisierung der Führung

Unsere internen Strukturen sind ungeachtet des Wachstums weitgehend unverändert geblieben. Sie passen auf die Parteistärke der 80er- und 90er-Jahre, sind aber mittlerweile durch den rasanten Aufstieg zur klar stärksten politischen Kraft in unserem Land überholt. Nun will die SVP ihre Organisation der Parteidimensionen, den neuen Verhältnissen und

anstehenden Herausforderungen anpassen. Es müssen künftig folgende Schwergewichte gesetzt werden:

- Die Basisarbeit in den Kantonen, Bezirken und Gemeinden hat für die Partei hohe Priorität. Den Kontakt mit den bestehenden Sektionen, die Unterstützung neu gegründeter und die Neugründung weiterer Sektionen sind für ein zusätzliches Wachstum entscheidend. Dies gilt sowohl für die Deutschschweiz als auch für die Suisse romande, in der die SVP mittlerweile auch zur bestimmenden Kraft geworden ist. Ein enger Austausch zwischen Parteileitung und Parteibasis gewährleistet Bürgernähe und schafft die Voraussetzungen für eine weitere Verbreiterung unserer Basis. **Aus diesem Grund soll für die deutsche wie auch für die welsche Schweiz je ein Ressort für den Aufbau und die Konsolidierung geschaffen werden.**

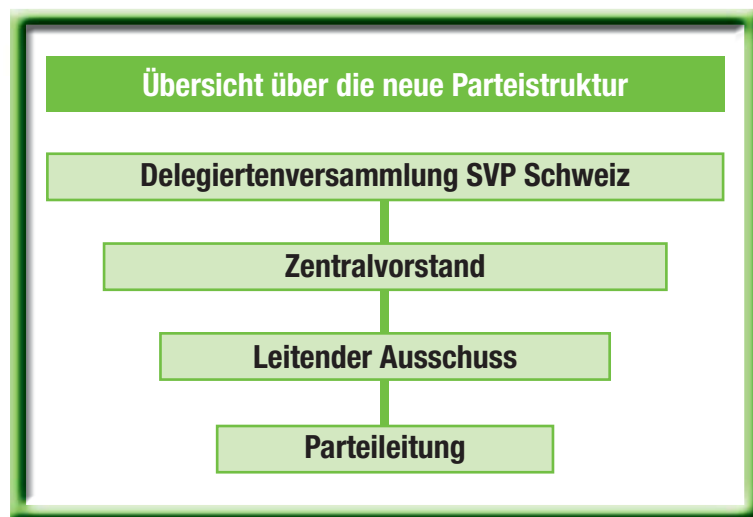
- Das starke Wachstum der SVP hat uns den Anspruch auf Einsitznahme in Gremien von der Schulpflege bis zum Bundesgericht eingetragen. Immer wieder aber ist es schwierig, solche Ämter und Stellen zu besetzen. Umgekehrt haben wir hoch motivierte Frauen und Männer, die sich aus Sorge um die Heimat zur politischen Tätigkeit entschlossen. Neue Kaderleute bringen regelmässig viel Wissen aus einer erfolgreichen Berufstätigkeit mit sich, verfügen aber als Quereinsteiger noch nicht über die spezifische politische Erfahrung. **Ein neues Ressort für Schulung**

und Ausbildung der Parteikader setzt hier an, fördert geeignete Personen und trägt mithin entscheidend zu einer Verbreiterung der Kandidaten- und Personalauswahl bei.

- Die Landesregierung kann bei ihrer Tätigkeit auf die Verwaltungsmaschinerie zurückgreifen und verfügt sogar über staatlich finanzierte Propagandaabteilungen. Um hier standhalten zu können, müssen die Recherchenarbeiten der Partei mit grösserer Tiefe und Präzision geführt werden können, um die fachliche Schlagkraft der Partei zu erhöhen. Zu diesem Zweck müssen Problembereiche bis ins Detail durchleuchtet und Konzepte zu deren Lösung vorgelegt werden können. **Diese Arbeiten werden in einem Ressort für Recherchen, Strategie und Kampagnen geleitet und koordiniert.**
- Die SVP ist wohl die einzige wichtige Kraft ausserhalb der Mittlinks-Allianz, aber sie führt den

Kampf gegen Missstände und für bürgerliche Anliegen nicht alleine. Die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Verbänden und Organisationen sowie mit Gewerbe und Wirtschaft war schon bislang wichtig, wird aber in Zukunft noch weiter vertieft und ausgebaut. **Das Ressort für Kontakte zu bürgerlichen Organisationen stellt den Wissensaustausch und die notwendige Koordination sicher.**

Aufgrund dieser Überlegungen schlägt der Zentralvorstand der Delegiertenversammlung der Partei eine Neuorganisation der Parteiführung vor: Dem Parteipräsidenten sollen nebst dem Fraktionspräsidenten fünf Vizepräsidenten mit fest zugeordneten Ressorts zur Seite stehen. **Die eidgenössischen Delegierten werden an ihrer Versammlung am 1. März über die neuen Strukturen und die damit einhergehenden Anpassungen der Statuten befinden. Der Zentralvorstand empfiehlt eine Führungsstruktur gemäss folgender Grafik:**



Eine kompetente Führungsmannschaft steht zur Wahl

Die neuen Strukturen wurden nicht bestimmten Personen entsprechend

massgeschneidert; vielmehr wurden sie mit Blick auf die Erfordernisse und die politische Auseinandersetzung vorgenommen. Alsdann wurde nach den geeigneten Persönlichkei-

ten gesucht, welche diese Aufgaben wahrnehmen können und auch bereit sind, das grosse zeitliche Opfer zu bringen. **Am 1. März werden die eidgenössischen Delegierten die**

Neuwahlen in die Parteigremien vornehmen. Die neue Parteileitung soll sich gemäss Vorschlag des Zentralvorstandes folgendermassen zusammensetzen:



Die SVP strebt einen Generationenwechsel an und hat sich deshalb entschieden, den St. Galler Nationalrat **Toni Brunner** für das Präsidentenamt vorzuschlagen. Toni Brunner bringt die Fähigkeiten und Qualitäten mit, welche für die anforderungsreiche und harte Arbeit erforderlich sind. Obschon er im Parlament zu den jungen Volksvertretern gezählt wird, verfügt er über langjährige politische Erfahrung. Seit 12 Jahren politi-

siert er im Nationalrat und seit 2000 ist er Vizepräsident der SVP Schweiz. Er präsidiert die SVP St. Gallen, die seither zur wählerstärksten Partei des Kantons aufgestiegen ist. Im Wahlkampf 2007 war er Leiter des Wahlkampfteams in der Deutschschweiz. Somit darf er als profund-er Kenner der Politik sämtlicher Ebenen gelten, von der der Gemeindegesektion bis zum eidgenössischen Parlament. Toni Brunner ist die Naturgabe eines ehrlichen und ungekünstelten Kommunikators eigen; er verfügt bereits über landesweiten Bekanntheitsgrad und vertritt eine junge Generation, die zunehmend die Politik der SVP unterstützt.

Der neue Präsident wird gemäss dem vorgeschlagenen Organigramm von einer starken Führungsmannschaft begleitet. Den verschiedenen Ressorts sollen Persönlichkeiten als Verantwortliche vorstehen, die aufgrund ihres Leistungsausweises und Erfahrungsschatzes die beste personelle Lösung für die Partei bedeuten. Der Zentralvorstand schlägt deshalb folgende Personen zur Wahl vor:

Der erfahrene Fraktionspräsident Nationalrat **Caspar Baader**, der die Bundeshausfraktion seit 2001 erfolgreich führt, steht der Partei weiterhin in derselben Charge zur Verfügung und gewährleistet damit wichtige Kontinuität in der parlamentarischen Arbeit.



Nationalrat **Yvan Perrin** setzt die Arbeit fort, die er in der welschen Schweiz in den vergangenen Jahren geleistet hat und die bei den letzten Parlamentswahlen durch einen weiteren Vormarsch in der Suisse romande von Erfolg gekrönt wurde. Seit Juni 2000 ist er Mitglied der Exekutive seiner Wohngemeinde La Côte-aux-Fées. Im Oktober 2003 wurde Yvan Perrin für die noch junge SVP Kanton Neuenburg in den Nationalrat gewählt. Im Wahlkampf 2007 führte er das Wahlkampfteam in der Suisse romande.



Nationalrat **Adrian Amstutz** nimmt sich der Basisarbeit in der Deutschschweiz an. Er hat die verschiedenen Stufen politischer Tätigkeit durchlaufen; er amtierte in der Berner Oberländer Gemeinde Sigiswil von 1993 bis 1998 als Präsident des Gemeinderates, von 1998 bis 2003 gehörte er dem Berner Grossrat an und seit 2003 ist er Nationalrat. Er kennt somit alle Facetten der Politik aus eigener Erfahrung.



Christoph Blocher stellt sich der Partei als Verantwortlicher für Recherchen, Strategie und Kampagnen zur Verfügung. Er bringt damit sein Wissen als Unternehmer, erfolgreicher Kantonalparteipräsident, Kampagnenarchitekt, Nationalrat und Bundesrat in der Parteileitung ein. Es bedeutet für die Partei einen Glücksfall, dass der prominenteste Politiker der Schweiz auch nach seiner Tätigkeit in der Landesregierung weiterhin für die SVP wichtige Arbeit zu leisten bereit ist.

Nationalrätin **Jasmin Hutter** ist in ihrer beruflichen Tätigkeit auch für firmeninterne Schulung zuständig. Dieses Wissen wird sie in Zukunft der Partei zur Verfügung stellen. Sie wird die parteiinterne Schulung und Ausbildung koordinieren und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parteikadern fördern.



Walter Frey, alt Nationalrat und ehemaliger Präsident der SVP-Nationalratsfraktion, hat bereits in früheren Jahren für die Partei wichtige Aufbauarbeit geleistet. So präsidierte er unter anderem die SVP der Stadt Zürich und betrieb damals auf städtischer Ebene eine ausserordentlich erfolgreiche Oppositionspolitik. In der neuen Funktion obliegt ihm der Kontakt der SVP zu anderen bürgerlichen Organisationen; als international tätiger Unternehmer ist er zudem die ideale Kontaktperson für Gewerbe und Wirtschaft.



Die neue Parteileitung steht für eine bestmögliche Umsetzung von Wählerauftrag und Parteiprogramm ein und gibt ihrer Arbeit folgende Stossrichtung:

- **Ziel ist, die Wahlen 2011 zu gewinnen. Als verlässliche Partei, welche die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt und für diese Anliegen kämpft, will die SVP weitere Wähler hinzugewinnen.**
- **Die SVP bleibt so lange in der Opposition, bis die Bundesversammlung von der SVP vorgeschlagene und der SVP genehme Kandidaten in den Bundesrat wählt.**

Die neue Führungsstruktur gilt ab der Delegiertenversammlung vom 1. März, sofern die Delegierten zustimmen.

STANDORTBESTIMMUNG

Opposition in der Schweiz

«Es macht keinen Unterschied, ob die SVP in der Regierung ist oder in der Opposition. An sich bleibt alles, wie es ist.»

Falsch: Indem die SVP in die Opposition gezwungen wurde, veränderte sich das schweizerische Staatssystem grundlegend. Fundament der bisherigen Politik war das Konkordanzprinzip: Alle grossen politischen Kräfte bildeten zusammen die Landesregierung. Dies ist nun anders, indem die wählerstärkste Partei in die Opposition gedrängt wurde.

Neu steht die Regierungskoalition der Opposition gegenüber. Die Regierung bildet sich aus Vertretern von drei kleineren Parteien (SP, CVP, FDP) sowie zwei fraktionslosen Bundesräten. Die Opposition wird von der wählerstärksten Partei (SVP) geführt. Mitglied in der SVP-Fraktion ist ausserdem der Vertreter der Lega dei Ticinesi.

«Politisch wird mit der neuen Zusammensetzung des Bundesrates kaum eine Änderung spürbar sein.»

Falsch: Die Mehrheit der Bundesversammlung hat entschieden, dass die SVP-Politik in der Regierung unerwünscht ist. Darum hat die Mitte-links-Koalition aus CVP, SP und Grünen Bundesrat Blocher die Stimme nicht gegeben und stattdessen eine andere Kandidatin gewählt. Der Mitte-links-Koalition ging es darum, das Gedankengut der SVP aus der Regierung zu verbannen. Damit wurde die «Zauberformel» gebrochen. Die neue Regierung wird angeführt von der Sozialdemokratischen Partei, welche zusammen mit der CVP, der FDP und den fraktionslosen Bundesräten die politischen Prioritäten und den neuen Mitte-links-Kurs bestimmt.

«Was bedeutet das für die Regierungsbeteiligung in den Kantonen?»

Die Opposition findet auf Bundesebene statt. Die SVP verbleibt in allen Kantonen, in welchen sie Vertreter in der Kantonsregierung hat, Regierungspartei. Ebenso verbleiben die Exekutivmitglieder der SVP in den städtischen und anderen kommunalen Regierungen in ihren Ämtern. In den Kantonen, in welchen die SVP nicht in der Kantonsregierung beteiligt ist, bleibt sie Oppositionspartei.

Die Kantonalparteien sind nach wie vor frei in der Umsetzung und Gestaltung ihrer Politik. Die Oppositionspolitik auf Bundesebene wird von der SVP Schweiz betrieben.

Das föderalistische Staatssystem der Schweiz und die nach wie vor beträchtlichen kantonalen Zuständigkeiten bringen es mit sich, dass die kantonale Politik eigene Regeln und eine eigene Dynamik kennt, wie die Bundespolitik auch. Darum ist es auch kein Widerspruch, wenn eine Kantonalpartei in ihrem Kanton als Regierungspartei auftritt und die schweizerische SVP trotzdem einen konsequenten Oppositionskurs verfolgt.

«Arbeitet die SVP überhaupt noch mit in den parlamentarischen Kommissionen und anderen parlamentarischen Gremien?»

Die SVP nimmt nach wie vor sämtliche politischen Mittel und Ämter im Rahmen der Bundesversammlung wahr. Das heisst: Die Partei arbeitet



Januar 2008, sinnbildliches Bundesbern: Dunkelkammer der Intrigenpolitik

wie bis anhin in den einzelnen Kommissionen mit und übernimmt auch Präsidien. **Die SVP befindet sich in der Opposition zur Regierung, nicht zum Parlament.** Deshalb gilt es, alle parlamentarischen Mittel zur Umsetzung dieser Opposition zu nutzen. Die SVP stellt überdies als wählerstärkste Partei derzeit den Präsidenten des Nationalrats wie auch den Präsidenten des Ständerats.

«Welche politischen Schwerpunkte verfolgt die SVP künftig?»

Oberster Auftrag der SVP als Oppositionspartei ist es, politische Fehlentwicklungen zu verhindern. Die SVP ist in der Opposition primär ihrem eigenen Parteiprogramm verpflichtet. Der Wählerauftrag ist einzuhalten. Gesetzesvorlagen und Projekte, welche vom SVP-Programm abweichen, sind grundsätzlich abzulehnen.

Die Politik der SVP richtet sich strikte nach den im Parteiprogramm und im Legislaturprogramm der Fraktion beschlossenen Schwerpunkten:

1. **Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen.**
2. **Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne**

Januar 2008, sinnbildliches Bundesbern: «Umbau und Sanierung» – dringend nötig, aber ohne Reformkraft im Bundesrat illusorisch



Schweiz, deren Volksrechte nicht durch «Völkerrecht» weiter beschnitten werden.

3. Schaffen von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen.

Die SVP hat Druck auf die Regierung auszuüben und so zu erwirken, dass die von Bundesrat und Parlament erarbeiteten Vorlagen möglichst bürgerlich und wirtschaftsnah ausfallen. Die SVP wird namentlich mittels Referenden Volksabstimmungen über politisch ungenügende Vorlagen erzwingen und so gleichzeitig auch Druck auf das Parlament hinsichtlich der Erarbeitung kommender Vorlagen ausüben.



Januar 2008, sinnbildliches Bundesbern: Abschotten, einigeln – die classe politique verharrt in stacheldrahtgesicherter Distanz zur Aussenwelt

EU-FREIZÜGIGKEIT

Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS, ZH

Personenfreizügigkeit – zu welchem Preis?

Seit dem 1. Juni 2007 gilt der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und den 15 «alten» EU-Staaten. Ab Mitte 2011, also in gut drei Jahren, soll die Freizügigkeit auch gegenüber den 10 neuen EU-Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern (zusammen «EU 25» genannt) gelten. Und bald sollen auch Rumänien und Bulgarien einbezogen werden. Die Schönrederei in Bundesbern und bei Wirtschaftsverbänden über die angeblich nur positiven Auswirkungen des freien Personenverkehrs geht an den Tatsachen vorbei. Denn die Risiken einer praktisch unkontrollierten Zuwanderung aus dem immer grösseren EU-Raum sind für unser Land gewaltig.

Worum geht es?

Jeder EU-Europäer/-Osteuropäer hat aufgrund der Personenfreizügigkeit grundsätzlich das Recht, in die Schweiz einzuwandern, bei uns während bis zu 15 Monaten Arbeit zu suchen oder als «Selbständiger» Dienstleistungen anzubieten, sich sodann mit Familie niederzulassen und unser attraktives Sozial- und Krankenversicherungssystem zu beanspruchen.



Das Kernproblem

Nach wie vor bestehen grosse Niveauunterschiede zu Osteuropa – mit Löhnen, die in der Regel 1/5 bis 1/10 der Schweizer Löhne betragen, mit einer Arbeitslosigkeit bis zu 20 % und mit oft sehr niedrigen Sozialleistungen. Einige Beispiele: Der Nettolohn, gemäss «UBS, Preise und

Löhne 2006» (Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben), beträgt für einen gelernten Automechaniker (ledig) in Zürich 28200 Franken, in Prag 12200, in Warschau 4300 und in Bukarest 2700 Franken. Für einen Bauhandlanger beläuft sich der entsprechende Lohn

auf 24000, 6200, 3000 und 1900 Franken und für einen Ingenieur (Uniabschluss, Familie, 2 Kinder) sind es 51100, 8900, 6700 und 7800 Franken. Dies hat zwangsläufig einen Zuwanderungsdruck, tiefere Löhne, mehr arbeitslose Schweizer (spätestens bei einer kommenden Rezession), gefährdete Sozialwerke sowie mehr Kriminalitätsimport zur Folge. Eine zusätzliche Erweiterung der EU wird zu-

dem mehr Islam/Islamismus bringen.

Schon heute herrscht aus den «alten» EU-Ländern Deutschland, Frankreich und Italien – bei Letzteren vor allem durch Hunderttausende von Grenzgängern, die keine Aufenthaltserlaubnis benötigen – ein enormer Zuwanderungsdruck. Vor allem die Deutschen sind «überall»: im Dienstleistungsbereich, in Banken und Versicherungen, in den Chefetagen, beim Bund, in Spitälern, Universitäten, auf Baustellen und anderswo. Schlagzeilen wie «Unis wollen Zustrom deutscher Professoren bremsen» (NZZ am Sonntag, 23.12.2007) oder «Studenten: Wir erreichen die Grenzen des Erträglichen, weil immer mehr Dozierende aus Deutschland eingestellt werden» (TA, 20.12.2007) zeigen nur

Werbung

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN®

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

die Spitze des Eisbergs. Zudem treibt die steigende Zuwanderung und die starke Nachfrage nach Wohnraum die Wohnungsmieten hinauf.

Die hochgejubelten flankierenden Massnahmen sind eine Illusion. Mit noch mehr Kontrolleuren, mit Mindestlöhnen und noch mehr Gewerkschaftsmacht wird unser noch flexibler Arbeitsmarkt überreguliert und wettbewerbsunfähig gemacht.

Unabsehbare Entwicklung ab 2011

Wenn ab 2011 die Kontingente gegenüber den neuen EU-Oststaaten fallen, und spätestens, wenn die nächste Rezession kommt, werden die Risiken insbesondere für unsere Sozialwerke eine neue Dimension erreichen. Schon heute gilt im Sozi-

albereich die magische Zahl «40», indem je rund 40% der IV-Leistungen, der Arbeitslosenbezüge und der Sozialhilfe (Fürsorge) an Ausländer gehen. Ein Beispiel: Ein Einverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern bekommt in der Schweiz im Arbeitslosenfall 81% des versicherten Lohnes ausbezahlt, in der Slowakei sind es 57%, in Polen gar nur 54%.

Der Schengener Unsicherheitsraum

Hand in Hand mit den Gefahren der Personenfreizügigkeit wachsen auch für unser Land die Probleme mit «Schengen», also mit der europaweiten Abschaffung der Grenzkontrollen und damit der Grenzen. Die Grenzkontrollen sind seit dem 21. Dezember 2007 gegenüber Osteuropa aufgehoben. Weil die Ratifizierung des Schengener Abkommens

mit der Schweiz durch drei EU-Staaten noch nicht erfolgt ist, bleibt die Schweiz wohl bis Ende 2008 eine «Insel» im Schengenraum. In Anbetracht des Kriminalitätsimports aus EU-Rumänien (Roma!), mit dem Italien zu kämpfen hat, haben wir alles Interesse daran, dass unser Land im Schengener Unsicherheitsraum noch lange eine positive Insel bleibt.

Was ist zu tun?

Dank der SVP kann das Parlament – und im Fall eines Referendums das Schweizer Volk – darüber entscheiden, ob die Personenfreizügigkeit mit der «EU 15» ab Mitte 2009 weitergeführt werden soll. Voraussichtlich wird der Bundesrat mit der Begründung, es gehe um die gleiche Materie, eine Gesamtvorlage über die Personenfreizügigkeit mit der «EU 25», also inklusive der neuen

Oststaaten – präsentieren. Zur gleichen Zeit oder (aus taktischen Gründen) etwas später wird er wohl eine separate Vorlage für Rumänien und Bulgarien bringen.

Die SVP, nunmehr als Oppositionspartei ohne Bundesräte, und die AUNS werden sich ihren Entscheid gut überlegen und die gewaltigen Risiken, insbesondere mit Rumänien/Bulgarien, in Rechnung stellen müssen. «Bundesbern» wird dem Volk drohen mit der Behauptung, im Fall eines Nein würden mit der so genannten «Guillotine-Klausel» alle Bilateralen I (also beispielsweise das Landverkehrsabkommen) dahinfallen. Diese Suppe wird aber nicht so heiss gegessen werden, denn von den Abkommen profitiert vor allem die EU. Und allein schon die Vorstellung, dass Österreich das Landverkehrsabkommen kündigen und

Anmeldetalon

Ich melde mich für den
8. Nationalen Jasscup an:

- deutschschweizer Karten
 französische Karten
 egal

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____

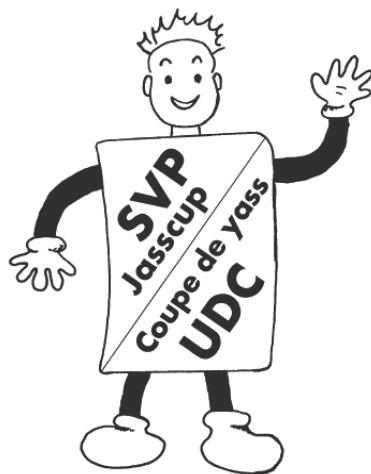
Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail oder Fax: _____

- Ich reise mit dem eigenen Auto an.
 Ich reise als Beifahrer mit dem Auto an
 Ich reise mit dem Zug an (Ankunftszeit in Weinfelden: Uhr)

Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP
Brückfeldstrasse 18
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
Mail kuerschner@svp.ch



8. Nationaler
SVP Jasscup mit
Der SVP-Fraktion
Sowie den
Jassexperten
Albert und Helen
Hagenbucher,
Humlikon



8. Nationaler SVP Jasscup

Samstag, 23. Februar 2008 im Mehrzweckhalle Weitsicht, Märstetten (TG)

Samstag, 23. Februar 2008

Beginn 10.30 Uhr / Dauer bis ca. 15.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Mehrzweckhalle Weitsicht, Märstetten (TG)

Die Mehrzweckhalle (Bahnhofstr. 41) bietet genügend Parkplätze. Zugreisende fahren bis Weinfelden, von dort verkehrt ein Shuttlebus nach Märstetten

Organisation

SVP-Bezirk Weinfelden unter der Leitung von Präsidentin und Kantonsrätin Margrit Aerne sowie die beiden Vizepräsidenten Nationalrat Hansjörg Walter und Andreas Zuber, Ortspartei Märstetten

Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, eine Streichpasse, gewertet 36 Spiele)

Kartenart

Französische und deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen
Mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen
Fr. 30.- Verpflegung (fakultativ):
Mittagessen, 1 Getränk, Dessert und Kaffee

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

damit die Alpentransit-Lastwagenlawine vom Gotthard an den Brenner verlegen würde, ist undenkbar. Meiner Meinung nach ist Folgendes zu tun:

1. Wir dürfen unsere Souveränität in diesem zentralen Bereich keinesfalls preisgeben und müssen hart verhandeln. Die Personenfreizügigkeit mit der «EU 25» kann nur in Frage kommen mit einer **unbefristeten Notklausel** sowie mit der vertraglichen Verpflichtung, dass die EU unsere **Steuerhoheit und unser Bankkundengeheimnis vollumfänglich respektiert**.
2. Wegen der besonders hohen Risiken mit Bulgarien und Rumänien (Millionen von Roma wollen in den Westen und sich dort frei bewegen können) müssen hier beson-

ders lange Übergangsfristen und **unbefristete Zuwanderungskontingente** ausgehandelt werden. Zudem müssen sich Rumänien und Bulgarien verpflichten, **kriminelle Bürger, insbesondere Roma, sofort zurückzunehmen**.

3. Bei der künftigen Umsetzung des freien Personenverkehrs wird die SVP **keine weiteren flankierenden Massnahmen** dulden.

Falls diese Bedingungen nicht erfüllt werden, ist das **Referendum** zu ergreifen, und wir sollten meines Erachtens wieder Kontingente einführen. Kein einziger Unternehmer hat bisher plausibel darlegen können, dass er jene ausländischen Arbeitskräfte, die er braucht, nicht über Kontingente bekommen kann. Der Preis einer grenzenlosen, unkontrollierten Zuwanderung ist zu hoch.

RE/MAX®



Immobilienverkauf ist Vertrauenssache.

Spielen sie mit dem Gedanken Ihre Liegenschaft zu verkaufen? Wir erledigen für Sie den Haus- oder Wohnungsverkauf von A – Z. Profitieren Sie von unserem einmaligen Netzwerk und von einem **gewinnbringenden Verkauf Ihrer Liegenschaft**.



Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 043 817 17 11
luki.sutter@remax.net

ISLAM

Paul Wenger, Landrat/Einwohnerrat, BL

Von Minaretten, Glaubens- und Gewissensfreiheit

Für mich hat Aufklärung stattgefunden. Ich bediene mich meines eigenen Verstandes! Die in Art. 15 der Bundesverfassung festgeschriebene Glaubens- und Gewissensfreiheit ist mir bekannt. Doch wir unterliegen einem Irrtum, wenn wir versuchen, die politischen und kulturellen Verhältnisse beim Entstehen unserer Bundesverfassung geradewegs auf den heutigen Zeitgeist zu übertragen. Die abendländische Religionsfreiheit gründet auf wesentlichen historischen, politischen und geistesgeschichtlichen Entwicklungen. Damit stellt sich die Frage, ob dieses Fundament in anderen Regionen dieser Erde gleichermassen anzutreffen oder gar als Standard vorauszusetzen sei.

Gesellschaft und Religion

Religionsfreiheit im Sinne unserer Bundesverfassung ist weit mehr als die Duldung einer Religion. Mit der «positiven Religionsfreiheit» erwartet unser Staat von allen religiösen Gemeinschaften sowohl die aktive Gestaltung des Glaubens und damit die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben als auch den Aufbau und den Erhalt von ethischen und kulturellen Werten. Beispiele: Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, theologische Fakultäten an Universitäten, Seelsorge in Gemeinden, Spitälern oder Gefängnissen, die Arbeit in Altersheimen und anderen Einrichtungen. Diese aktive Komponente gilt es

deutlich hervorzuheben und zu stärken. Und dies nicht nur im Hinblick auf die christlichen Kirchen, sondern insbesondere auch auf andere Religionsgemeinschaften.

Herrschaftsansprüche haben keinen Grundrechtsschutz

Problematisch bleibt in der Tat das Recht des Staates, über die Ausrichtung einer religiösen Gemeinschaft zu entscheiden. Das Grundrecht der Religionsfreiheit kann allerdings leicht mit anderen Grundrechten in Konflikt geraten. Damit stellt sich beispielsweise die Frage, ob der Staat in die «aktive Religionsaus-

übung» einer Lehrerin oder eines Lehrers eingreifen darf. Heute muss bei uns die Frage erlaubt sein, ob der Staat eingreifen darf, ja muss, wenn eine Gemeinschaft die Religionsfreiheit dazu missbrauchen will, andere als religiöse Ziele zu erreichen. Jedenfalls ist bei verschiedenen europäischen Verfassungsgerichten eine klare Tendenz zu erkennen, dort die Religionsfreiheit einzuschränken, wo ihr Missbrauch für politische Ziele befürchtet oder gar nachgewiesen wird. Das ist dann der Fall, wenn eine religiöse Gruppe unverhohlenen politische Herrschafts- oder Machtansprüche erhebt. Beispiel: Die Ablösung unseres Rechtssystems durch die Scharia. Auf dieser Ebene haben wir hierzulande ja bereits erste Erfahrungen hinter uns.

Freiheitsrechte nicht isoliert betrachten

Erwähnenswert ist im Übrigen, dass im viel zitierten Art. 15 unserer Bundesverfassung der Begriff «Religionsfreiheit» gar nicht anzutreffen ist. Es geht um die «Freiheit des Glaubens, des Gewissens». Diese Formulierungen sind kein Zufall, sondern gehen

weit in die Geschichte zurück. Der zentrale Begriff ist immer die Freiheit des Menschen. Und die Freiheit des Glaubens ist letztlich dann, und nur dann zu verwirklichen, wenn er im Austausch mit anderen Freiheitsrech-

ten verstanden wird. «Religionsfreiheit» ist somit keine singuläre Angelegenheit, wie viele meinen, sondern gehört in eine umfassende Reihe von grundsätzlichen Freiheitsrechten: dem Recht auf Selbstbestimmung, dem

Recht auf Gleichheit von Mann und Frau, dem Recht auf Bildung, dem Recht auf freie Information oder dem Recht auf Meinungsäusserung. Und genau hier haben die «Architekten» von Minaretten in unserem Land noch

grossen Lern- und Erkenntnisbedarf! Es ist also weder skandalös, sich über «Machtsymbole» wie Minarette Gedanken zu machen, noch müssen wir um unsere Handelsbeziehungen zu islamischen Ländern fürchten!

Muslimische Ansprüche

Hisham Maizar ist Vorsitzender der grössten islamischen Organisation der Schweiz. Entsprechend selbstbewusst meldet er sich jeweils zu Wort. Er hat klare Vorstellungen, was die Schweiz und die Schweizer ihm bieten müssen.

Dabei ist er ein Meister der subtilen und unterschweligen Drohungen. So warf er etwa den Urhebern der Minarettinitiative vor, sie hätten die Lektionen aus dem Karikaturenstreit nicht gelernt. Wir erinnern uns: Diese weltweite muslimische Krawallkampagne forderte zahlreiche Verletzte und Tote. Was soll man daraus lernen? Dass es lebensgefährlich sein kann, die Meinung frei zu äussern? Dass man um Leib und Leben fürchten muss, wenn man von einem demokratischen Recht Gebrauch macht? Da stellen sich zwangsläufig beklemmende Gefühle ein («Klartext» 6/07).

Jetzt präsentiert Hisham Maizar neue Forderungen nach einer muslimischeren Schweiz («Basler Zeitung», 3.12.07). Nicht offen und di-

rekt. Aber die Stossrichtung ist klar. Zuerst zielt er auf das Fundament: «Die Schweiz kann sich nicht über das Christentum definieren.» Dann spricht er von religiöser Vielfalt. Und viel von Toleranz – Toleranz, die er einfordert. Es ist das eine sanfte Umschreibung für harte Forderungen. So wie unserer Gesellschaft die politische Korrektheit eingedrillt wurde, ist Toleranz das Codewort, mittels dessen sich unsere Regeln ausser Kraft setzen lassen.

Das soll denn nach Maizars Vorstellungen auch geschehen: Die Religionen in der Schweiz müssten die gleich langen Spiesse haben, fordert er wörtlich. Demzufolge will er muslimische Feste in der Öffentlichkeit begehen; so das Ende des Fastenmonats Ramadan und die Feier der Pilgerfahrt nach Mekka. Was heisst das? Die Religion – zelebriert im öffentlichen Raum – wird so zur politischen Kundgebung, die Machtanspruch symbolisiert.

Doch Hauptziel ist die gesellschaftliche Umgestaltung nach islamischen

Vorstellungen. Deshalb ist das zentrale Postulat die öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islams. Damit würde das Einfallstor zur politischen Mitbestimmung aufgestossen. Die Neuregelung von Erziehungsfragen spricht er bereits direkt an; weitere Anmassungen würden folgen.

Die Forderungen werden unterlegt mit dunklen Worten: «Eine öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islam würde zur Lösung von vielerlei Problemen führen.» Die Mahnung nähert sich der Erpressung an. Maizar spricht von Problemen und Konflikten. So spielt er geschickt mit den berechtigten Ängsten von uns Schweizern; macht sich unsere Friedfertigkeit zunutze: Ja, Probleme gebe es, ja, eine Lösung brauche es. Diese sei leicht zu finden, wenn die Probleme sachlich – will heissen: in seinem Sinne – angegangen würden. Und gleich nennt er uns die Bedingungen. Seine Bedingungen. Also: grösserer Einflusses des Islams. So kann man Frieden erkaufen. Aber zum Preis der Selbstaufgabe, der Kapitulation.

Es gibt nur einen Weg, die Probleme mit Muslimen in der Schweiz anzugehen: Die kompromisslose Durchsetzung unserer Ordnung. In einem demokratischen Rechtsstaat darf es für derartige Kompromisse keinen Platz geben. Denn: Ein Schritt hin zu einer islamischen Gesellschaft ist ein Schritt weg von unserer demokratischen Ordnung.

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG
• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf tel. Anmeldung

www.raferfeld.com
bettwaren@raferfeld.com

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung
- Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung
- Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Kantonsrat Matthias Hauser, ZH

Jugendgewalt und Ausländerkriminalität

Inmitten der Zürcher Streetparade wurde ein Jugendlicher niedergestochen. Mitte September am Zürcher Seeufer einer von einer Bande getötet. Im August ein Passant von einem jugendlichen Autofahrer angefahren, verfolgt und zusammengeschlagen. Ein junger Mann erschiess grundlos eine Schülerin an der Bushaltestelle. Fast jede Woche kommt ein schlimmer Fall dazu, junge Menschen, die Gewalt gegen Leib und Leben ausüben.

Seit ich vor acht Jahren als Sekundarlehrer in den Schuldienst der Stadt Zürich getreten bin, habe ich aus meinem und aus Nachbarschulhäusern folgende Geschichten vernommen:

Ein Kollege quittierte den Schuldienst, weil er von Schülern, die er beim Autozerkratzen angetroffen hatte, in eine Schlägerei verwickelt wurde. Eine Lehrperson für Englisch wurde am Abend von Jugendlichen spitalreif geschlagen, ein Schüler stach im Werkunterricht einem anderen den Stechbeutel in die Brust, einer wurden in Abfallcontainer eingesperrt und es wurde ihm ein Brandzeichen verpasst, Handys wurden geklaut, Znüni erpresst, ich musste wegen Rauchen und Alkohol in Schullagern Schüler nach Hause schicken, im Hauswirtschaftsunterricht polterte ein Kolumbianer einem Albaner einen Stuhl über den Kopf, worauf der andere das Küchenmesser zückte (die Lehrerin und andere Schüler trennten die beiden, es gab einen Verhaltensvertrag ohne weitere Konsequenzen), Computer sind aus dem ersten Stock auf den Pausenplatz geflogen, zweimal habe ich selber per SMS Beleidigungen, einmal eine Todesdrohung erhalten, am Abend eines 27. Dezembers – mitten in den Ferien – ruft eine Schülerin an, sie stehe auf dem Bahnsteig und springe auf das Gleis, «Hiphopper» bekriegen «Skater» in der ganzen Stadt, Schüler in der Klasse, die im halben Quartier polizeilich verfügte Hausverbote haben, ein 13-Jähriger erscheint am Morgen nicht, raubt mit einem Kollegen einen Kiosk aus und wird einen Tag später in Lausanne beim Verkauf von Cannabis



aufgegriffen, arbeitslose ehemalige Schüler «hängen» am Freitagnachmittag auf dem Pausenplatz und rauchen, ein Stadtrat, der die Weisung ausgibt, rauchen sei nicht erwünscht, wo es doch sonst auf Schularealen im Kanton überall verboten ist.

Massnahmen gegen Jugendgewalt

Es gibt keine Massnahmen, welche Gewaltvorfälle zu 100 Prozent verhindern – jedoch Haltungen, Schulpolitik und Schulsysteme, welche negative Vorfälle begünstigen. Zur Besserung braucht es Folgendes:

- Integration als Eintrittsbillet in die Schule
- Autorität und Kompetenz der Lehrpersonen
- Klassenlehrerprinzip beibehalten
- Konzentration auf Stoffvermittlung und Leistungsorientierung
- geregelte Sanktionen und Disziplinar-massnahmen

Primär obliegt es den Eltern, dafür zu sorgen, dass ihr Kind schulfähig

zur Schule kommt, gewaschen, ausgeschlafen, pünktlich und mit allem benötigten Schulmaterial. Auch mit einem Verhalten, welches einen geordneten Unterricht erlaubt. Es braucht Sanktionen, wenn Eltern ihre Pflicht nicht erfüllen, und Disziplinar-massnahmen, wenn Kinder sich nicht an Regeln halten. Massnahmen sollen nicht auf Beliebigkeit beruhen, sondern so geregelt sein, dass die Behörden handeln müssen. Die Verpflichtung zum entschlossenen Handeln wirkt präventiv, schützt andere Kinder und stärkt den Rücken der Lehrpersonen.

Zivildisziplin statt Stasimethoden

Rückenstärkung ist besonders wichtig: Werden Jugendliche von Lehrpersonen gemassregelt, klagen oft Eltern der Schulbehörde das Leid. Diese übergibt den Fall mit Auflagen der Schulleitung. Diese wiederum lädt zum Elterngespräch; Lehrperson und Kind/Eltern erscheinen als gleichgestellte Konfliktparteien. Der Zeitaufwand wird gross, die Autorität der Lehrperson verwischt und für die Mitarbeiterbeurteilung bleiben Erinnerungen haften. Zudem ist das Gelingen einer Beziehung zwischen Menschen eine persönliche Sache, die an einem solchen Gespräch voll ausgebreitet wird. Richtiges Verhalten der Schulbehörden wäre, die Eltern an die Lehrperson zu verweisen. Sobald sich kinderhörige Eltern an die elternhörigen Schulbehörden wenden und diese den Fall an die behördenhörigen Schulleitungen weitergeben, fehlt die Kompetenz zur Erziehung dort, wo sie am meisten be-

nötigt wird: bei der Lehrperson. Wo Kompetenz fehlt, fehlt auch Autorität. Lieber kontrollieren Schulbehörden mit Stasimethoden Lehrpersonen, ob der wöchentliche Klassenrat auch wirklich durchgeführt und die Projektwoche zur Gewaltprävention mit vollem Engagement mitgetragen wird, anstatt dass sie mit Zivilcourage erziehen lassen.

Dass die Autorität von Fachkräften nicht viel wert ist, beweist auch die Schulpräsidentenkonferenz der Stadt Zürich. Für den millionenteuren Entscheid, die Sekundarstufe der Stadt ab dem Schuljahr 08/09 mit nur noch zwei Abteilungen zu führen, wurde es abgelehnt, Lehrpersonen zu befragen. Dies im Gegensatz zu Winterthur, wo sich 80 % aller Lehrpersonen, aber auch 60 % derjenigen, die heute an einer zweiteiligen Oberstufe unterrichten, für das dreiteilige Modell entschieden haben. Weshalb? Weil in der dreiteiligen Oberstufe der Klassenverband nicht aufgelöst und damit den Jugendlichen ein überblickbares Sozialgefüge geboten wird und weil Klassenlehrer nicht einfach zu klassenverantwortlichen Fachlehrern degradiert werden. Wechselt die Lehrperson in der Pause, verlieren Notizen über das Fehlverhalten der letzten Lektion an Bedeutung. Diese Notizen müssen spürbare Konsequenzen haben.

Nutzlose «Papiermassnahmen»

In Mode sind ungeeignete Konsequenzen: berufschancenverbauende Zeugniseinträge und im Elterngespräch ausgehandelte «Verhaltensverträge». Papier ist eine Massnahme, die Jugendliche aus Kulturräumen mit Gewöhnung an direktere Autorität kaum verstehen.

Natürlicherweise haben Ausländer besondere Integrationsdefizite betreffend Sprache und das unserer

Gesellschaft angepasste Verhalten. Werden Defizite nicht behoben, bleibt das ausländische Kind chancenlos. Frustration und Gewalt sind mögliche Folgen. Nur eine rasche Integration, vor dem Eintritt in Regelklassen, kann dies verhindern. Die SVP muss für Schulerfolg zu-

reichende Deutschkenntnisse als Eintrittsbillet in Regelklassen fordern.

Wert zeigen

Manche Pfarrer, Lehrer und Gemeindepräsidenten haben als Ju-

gendliche Briefkästen gesprengt, auf Spatzen geschossen, sich mit Steinen beworfen. Aber wehe, man wurde erwischt. Konsequenzen waren unverhandelbar, sie wurden getroffen. Verdiente Strafen wurden erduldet, nachher war es vorbei und verbüsst. Die Welt war wieder in

Ordnung und hat Wert gezeigt. Diese Orientierung geben wir heute nicht mehr; ohne Orientierung werden die Taten immer brutaler. Vermutlich ist das Problem der Jugendgewalt daher bei uns Erwachsenen zu suchen, die 68er haben uns zu Softies gemacht.

VOX POPULI

Reaktionen aus dem Volk

Seit Bundesrat Blocher abgewählt wurde, gehen unzählige Reaktionen aufgebracht Bürgerinnen und Bürger auf unseren Sekretariaten ein. Der Intrigen-Coup gegen Christoph Blocher hat im ganzen Land Empörung und Entrüstung ausgelöst. Die Art und Weise, wie eine überhebliche classe politique die Parlamentswahlen ignorierte und trotz dem Wahlsieg der SVP nun einseitig eine Mitte-links-Regierung einsetzte, hat landesweit eine Grundwelle ausgelöst: Sie schlägt sich nieder in Parteibeiträgen, in Leserbriefen, in Zuschriften und Spenden – oder in spontanen Aktionen wie derjenigen von Hans Ulrich Wandfluh:

Der Sekundarlehrer im Ruhestand aus der Berner Gemeinde Wynigen ist langjähriges SVP-Mitglied, hatte aber nie ein Amt inne. Im Gespräch erkennt man einen unabhängigen und freiheitsliebenden Geist; er selbst beschreibt sich als interessierten, aber stillen Bürger. Aber, so macht er klar, es gebe Situationen, da man nicht still bleiben dürfe: Dann nämlich, wenn es um die Grundsätze unseres Rechtsstaates geht. Den GPK-Bericht als Teil einer üblen Intrige gegen einen verdienten Bundesrat hat er mit grosser staatsbürgerlicher Sorge zur Kenntnis genommen.

Als dann die Machenschaften der politischen Klasse in der Abwahl Christoph Blochers gipfelten, entschloss er sich zu einer spontanen Aktion. Er organisierte für Christoph Blocher mit einigen wenigen Mit-

streitern auf dem Bundesplatz in Bern eine Abschiedsfeier nach dessen letztem Arbeitstag als Bundesrat.

Feier als Symbol

Dies aus der Überzeugung, dass, wer derart viel geleistet habe, auch gebührend verabschiedet gehöre. Dann aber auch als ein Zeichen, dass die Partei zusammenstehen soll und den Wahlsieg nicht verschenken darf. So wurde die Feier zum Symbol: Nebst den vielen Teilnehmern aus dem Kanton Bern nahmen Leute aus der ganzen Schweiz teil, eine Treichlergruppe kam eigens aus dem Toggenburg angereist. Für etliche Teilnehmer war der Anlass auch eine Genugtuung, weil sie am 6. Oktober zu jenen gehörten, die sich wegen linker Schlägergewalt nicht auf dem Bundesplatz versammeln konnten. Allerdings warf die mangelnde Sicherheit in Bern auch jetzt wieder einen Schatten: Die Veranstalter mussten aufgrund der Erfahrungen alle Vorbereitungen geheim halten und die Feier in einem kleinen Rahmen abhalten.

Spontaner Effort

In einem kurzen, aber entschlossenen Effort hatte Hans Ulrich Wandfluh im ganzen Kanton Bern Leute von der Basis kontaktiert. «Bei meinen etwa 50 Telefonaten spürte ich Empörung über das Vorgefallene und grosse Unterstützung», berichtet er. Auf zehn Anrufe hätten trotz der

Kurzfristigkeit sieben spontan zugesagt. Da ein kleiner, symbolischer Anlass geplant war, musste er jene bremsen, die gleich mit Cars anreisen wollten. So war der Kanton Bern dann am Abend des 21. Dezembers mit Frauen und Männern aus allen Regionen und Altersklassen gut vertreten; dazu kamen Alphornbläser, Jodler aus dem Emmental, ein Fahnenchwinger – übrigens ein Bauer, der für den kurzfristig verabredeten Einsatz noch eine Aushilfe für die Arbeit im Stall organisieren musste und für den es selbstverständlich war, unentgeltlich aufzutreten.

Auf Berndeutsch hielt Hans Ulrich Wandfluh folgende Ansprache:

«Lieber Christoph Blocher
Im Namen aller Schweizerinnen und Schweizer, die hier vor dem Bundeshaus am Ende Ihres letzten Arbeitstages als Bundesrat auf Sie warten, begrüsse ich Sie herzlich.

Warum haben wir uns hier versammelt? Wir stammen aus Tälern, Dörfern und Städten unseres Landes und wir wollen Ihnen mit unserer Anwesenheit herzlich danken für Ihr Wirken als Bundesrat.

Wir waren vier Jahre lang froh, dass Sie zielorientiert Probleme der Schweiz lösten und viele andere zu lösen versuchten. Wir bedauern, dass die Bundesversammlung Ihre Arbeit als Bundesrat abrupt beendet hat. Mit diesem Fest in würdigem

Rahmen verabschieden wir Leute von der Basis, Sie, Christoph Blocher, als Bundesrat.

Schon als Nationalrat schafften Sie sich in der Schweizer Öffentlichkeit einen Namen. Als 1988 der damalige Departementschef und der Gesamtbundesrat rat- und tatenlos waren, wie sie der Belagerung des Standorts des geplanten AKWs Kaiser-Augst entgegentreten sollten, löste Nationalrat Blocher mit einigen weisen Kollegen aus anderen Parteien den Fall und ersparte damit unserem Land eine Zerreihsprobe.

Seit der EWR-Kampagne weiss jeder, wofür Christoph Blocher geradesteht: Er tritt ein für Selbstverantwortung, Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität.

Ähnlich prägte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Berner Bundesrat Minger die Politik. Wenn Ruedi seine innenpolitischen Gegner ins Leere laufen liess, wenn ihnen gescheite Lösungen fehlten, flüsternten sie hinter vorgehaltener Hand: «Minger ist ja nur ein Bauer.»

Christoph Blochers Gegner im Parlament, in den Medien, an den Universitäten trösten sich seit gut zwanzig Jahren mit dem Ausspruch: «Er hat halt einen schlechten, unmöglichen Stil.» Blochers Stil war echt, sein mutiges, standhaftes Auftreten weckte in den vergangenen Jahren bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das politische Interesse.

Im Namen aller Versammelten vor dem Bundeshaus wünsche ich Ihnen, Christoph Blocher, alles Gute für die private und politische Zukunft. Überdies warten wir gespannt auf Überraschungen von Herrn alt Bundesrat Blocher.»

Nationalrat Lieni Füglistaller, AG

Mein bester Mitarbeiter

Im Oktober 2005 erlitt ich bei einem Sturz eine schwere Rückenverletzung. Drei Monate lang trug ich ein permanentes Gipskorsett. Autofahren konnte ich ebenso wenig wie meine Akten herumtragen. Nach einem 10-tägigen Spitalaufenthalt rief ich beim RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) an und fragte, ob es erwerbslose Personen gebe, die eine Teilzeitstelle suchten. Anforderungen: Autofahren können, Aktenmappe tragen, in den Mantel helfen können, flexibel sein bezüglich unregelmässiger Arbeitszeit, Pensum 20–22 Wochenstunden, befristetes Arbeitsverhältnis für drei Monate. Tatsächlich erhielt ich nach einigen Tagen acht Bewerbungen, suchte zwei Personen aus und bat zu einem Gespräch. Daraus erfolgte eine Anstellung, welche allerdings schon nach einer Woche aufgelöst wurde, da der Stelleninhaber psychische Probleme hatte, welche sich dann in ein körperliches Leiden verwandelten.

Also die ganze Prozedur von vorne, Anruf beim RAV, Bewerbungsgespräch, schliesslich Einstellung. Als Unternehmer weiss ich natürlich,



was alles zu tun ist: Arbeitsvertrag erstellen, Anmeldung bei der Sozialversicherungsanstalt, welche es nach zwei Monaten schaffte, die Anmeldung zu bestätigen. Anmeldung bei der FAK (Familienausgleichskasse) für die Kinderzulagen. Auch diese Hürde wurde nach einigem Hin und Her (Teilzeitpensum auch der Ehefrau) genommen. Abschluss einer Unfallversicherung bei einem privaten Versicherer etc. Ja, und nach drei Monaten wäre eigentlich das Arbeitsverhältnis mit Peter Meier gemäss befristetem Ver-

trag zu Ende gewesen. Mittlerweile habe ich auch die Ehefrau und die beiden Buben von Herrn Meier kennengelernt. Eine patente Familie, wo die Eltern, teilweise unterstützt durch die Grosseltern, ihre diesbezügliche Verantwortung wahrnehmen. Und «unser Familienrat», meine Frau und unsere drei erwachsenen Kinder, welche noch in unserem Haushalt leben, entschied, dass das Arbeitsverhältnis unbefristet weitergeführt wird. Herr Meier macht seine Arbeit ausgezeichnet. Er bringt und holt mich auch an Anlässen ab, wo ich dann ohne schlechtes Gewissen mehr als ein Glas Wein trinken kann, da ich ja nicht fahren muss. Er sorgt sich um das Fahrzeug. Zwischenzeitlich mäht er bei uns zu Hause auch den Rasen und schneidet die Sträucher. Und, wir haben ein ausgezeichnetes Verhältnis zueinander. Herr Meier hat nach 40-monatiger Erwerbslosigkeit wieder eine Stelle, kann seine Familie mitversorgen und ich habe einen treuen Begleiter, der mir nebst den Fahrdiensten manche Kleinigkeit abnimmt.

Genau aus diesen Gründen habe ich auch einen entsprechenden Vorstoss zu diesem Thema eingereicht, welche es Privaten ermöglicht hätte, solche Stellen, welche vor 50–60 Jahren gang und gäbe waren, zu schaffen. Damit wären der Staat, die Sozialämter, die RAVs, die Arbeitslosenversicherung etc. entlastet worden, Stellensuchende fänden auch wiederum temporär befristete oder Teilzeitarbeit.

Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten, würde man meinen. Nun, Bürokratie, Neid und Missgunst haben gesiegt, der Vorstoss wurde abgelehnt, die Sache erledigt.

Wir «behalten» unseren Fahrer dennoch weiter, weil er einen guten Job macht und versucht, ehrlich und redlich sein Geld zu verdienen, um zusammen mit seiner Frau die Familie gut durchs Leben zu bringen.

Kleine Rechnung zum Vorstoss:

1000 Teilzeitstellen, angeboten von Privaten, mit monatlichem Bruttolohn von Fr. 1500.– würden die Sozialhilfe von Gemeinden und Städten jährlich um 18 Millionen Franken entlasten. Würde der AHV, IV, EO etc. über 1,8 Millionen Einnahmen bringen. Die Steuerausfälle dürften zwischen 3 und 4 Millionen betragen. Also rein finanziell wäre das ein «gutes Geschäft» für den Staat.

Betroffene Personen gewinnen ebenfalls: Wieder einen Arbeitsplatz, Selbstwertgefühl, bessere finanzielle Freiheiten etc.

Private Arbeitgeber erhalten eine Leistung und bekämen durch ihr privates, solidarisches und soziales Engagement eine bescheidene Steuererleichterung.

Peter Meier hat im elterlichen Betrieb Bäcker gelernt, sich im Welschland zum Konditor weitergebildet und war auf dem gelernten Beruf tätig, bis ihm eine Asthmaerkrankung die Arbeit mit Mehl unmöglich machte. Danach arbeitete er während vieler Jahre auf dem Bau – doch dann führte ein Unfall mit Bandscheibenverletzung zu vorübergehender Arbeitsunfähigkeit.

P. Meier, der immer arbeitete und für den immer klar war, dass ein Einkommen durch Arbeit verdient werden muss, machte plötzlich Erfahrungen mit einer neuen Welt: Während er im Wiedereingliederungsprogramm arbeitete, traf er auf andere Teilnehmer, die den Tag im bequemen Liege- raum verbrachten und hinter vorgehaltener Hand mit ihrer nächtlichen, lukrativen Schwarzarbeit prahlten. Da treffe man Leute, die ein komfortables, faules Leben auf Kosten der arbeitenden Mitbürger führten. Man sehe beispielsweise angebliche Invalide, staunt P. Meier noch heute, die in Lenzburg fit und fröhlich in den Zug steigen, wenn sie aber am Arbeitsort in Oensingen ankommen, kaum noch gehen können. Jugendliche

Programmteilnehmer kiffen und im Betrieb werde gestohlen – Die Programme der öffentlichen Wohlfahrt sollten die Chance eröffnen, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Viele aber zeigen sich darob absolut gleichgültig und geniessen das Nichtstun in der sozialen Hängematte. Gerade bei der Wiedereingliederung müsste härter durchgegriffen werden, ist P. Meier überzeugt.

Eines war für ihn immer klar: Er möchte wieder arbeiten, auf den eigenen Füessen stehen, vom Staat so schnell als möglich unabhängig sein und niemandem zur Last fallen. Deshalb arbeitete er fleissig mit den staatlichen Stellen zusammen und war stets engagiert. Einmal nur wagte er eine kritische Frage, als er einen dreimonatigen – und vollständig staatlich finanzierten – Klinikaufenthalt in Bellikon antreten sollte. Ob er nicht das vorgeschriebene Krafttraining im Fitnesszentrum eines Kollegen absolvieren könne, da liessen sich doch Kosten sparen. Nein, weshalb auch, meinte der zuständige Arzt, es werde ihm ja alles bezahlt ...

Prof. Dr. Albert A. Stahel, Universität Zürich

Die Weber-Initiative würde die Luftwaffe der Schweiz vernichten!

1993 war für die damalige Luftwaffe der Schweiz ein entscheidendes Jahr. Das Schweizer Volk stimmte nach einem hart geführten Abstimmungskampf der Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18C/D zu. Durch diese Beschaffung wurde die weitere Existenz der für die Sicherheit unseres Landes wichtigen Teilstreitkraft für einige Jahrzehnte gewährleistet. Mit dieser Beschaffung war damals auch die Hoffnung verknüpft, dass der ersten Tranche an Kampfflugzeugen von F/A-18C/D eine zweite folgen würde. Nur durch eine zweite Tranche konnten die Hunter-, Mirage- und Tiger-Kampfflugzeuge ersetzt und damit ohne Schwächung der Sicherheit unseres Landes



ausser Dienst gestellt werden. Zur Überraschung aller Fachleute erfolgte unter der Führung der Bundesräte Ogi und Schmid und ihrer

Luftwaffenchefs Carell und Fehrlin einige Jahre später die Ausserdienststellung der Hunter- und Mirage-Kampfflugzeuge ohne Beschaffung einer zweiten Tranche F/A-18C/D. Politiker, die nicht mit den Problemen der Einsatzbereitschaft einer modernen Luftwaffe vertraut waren, mussten angesichts dieses kuriosen Vorgehens der VBS-Spitze zum Schluss gelangen, dass die Schweiz über genügend Kampfflugzeuge verfügen würde. Verschwiegen wurde namentlich durch die Herren Schmid und Carell, und später auch durch den Armeechef Keckeis, der selbst früher einmal Mirage-Pilot mit einer etwas bewegenden Vergangenheit gewesen war, dass die übrigen Kampfflugzeuge aufgrund einer erhöhten Einsatzrate schneller abgenützt würden. Eigenartigerweise war von einer zweiten Tranche plötzlich nicht mehr die Rede.

Wo stehen wir heute? Die bis heute noch übriggebliebenen Kampfflugzeuge F-5E/F Tiger werden immer älter und unsere Luftwaffe mit den restlichen F/A-18C/D bestandesmässig immer kleiner. Die Beschaffung neuer F/A-18C/D ist nicht mehr möglich, da dieser Flugzeugtyp nicht mehr produziert wird. Entweder drängt sich eine Beschaffung von Occasion-F/A-18C/D von der US Navy auf oder es wird ein anderer Flugzeugtyp beschafft. Die erste Lösung ist angesichts der Tatsache, dass solche Flugzeuge aufgrund ihres anspruchsvollen Einsatzes auf den US-Flugzeugträgern gründlich überholt werden müssten, nicht erstrebenswert. Die zweite Lösung führt zu einem neuen Flugzeugtyp und damit zu einer neuen Logistik. Dass es so weit kommen musste, weist auf gravierende Planungsfehler im VBS hin. Entweder war die VBS-Spitze bis anhin bezüglich der

Luftwaffe orientierungslos oder sie hatte Angst vor einer erneuten Abstimmung in Sachen Flugzeugbeschaffung durch das Volk. So oder so, das VBS hat bisher die Zukunft der Luftwaffe konzeptlos geplant und geführt.

Es bestehen aber noch weitere Probleme bezüglich der Luftwaffe. Der nach Payerne orientierte Keckeis hat mit Unterstützung von Schmid den bisher wichtigsten Stützpunkt in der deutschsprachigen Schweiz, Dübendorf, geschlossen und abgeschrieben. Der Einsatz von Kampfflugzeugen ab Dübendorf gehört der Vergangenheit an. Dies hat Keckeis den Politikern und der Öffentlichkeit als Schritt in die Moderne und in die Kosteneffizienz angepriesen. Zur Moderne gehört wohl auch die Einführung der Armee XXI und der Entwicklungsschritt 08/11. Diese sind allerdings eher als Demontage denn als Modernisierung der Armee zu bezeichnen. Wie auch immer, Keckeis hat im Sinne seiner Modernisierung die Zahl der Stützpunkte für die Kampfflugzeuge drastisch reduziert. Neben seinem Lieblingsstützpunkt Payerne soll vor allem Meiringen als Stützpunkt an Bedeutung gewinnen. Pikanterweise könnte aber gerade die Benützung von Meiringen in der Zukunft durch die Initiative Weber gegen den Fluglärm gefährdet sein. Sollte diese Initiative angenommen werden, dann kann sehr bald das Totengeläute der Schweizer Luftwaffe eingestimmt werden. Dies dürfte vermutlich den nun endlich pensionierten Keckeis nicht mehr gross belasten. Er hat dann wirklich alles zur Demontierung unserer Verteidigung beigetragen. Die Konzept- und Kopfflosigkeit im VBS hat dann endgültig das Schicksal der Schweizer Luftwaffe bis zur Auflösung bestimmt.

Werbung

		Immobilien-Treuhand mit Herzblut
	Mietliegenschaften Stockwerkeigentum Schätzungen Beratungen	Wir nehmen uns Zeit für Sie persönliche Betreuung durch Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder Immobilienverwalter mit eidg. FA
Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen T: 056 610 10 92 www.akkura.ch		

***Hotel-Restaurant
Alpeblick
Fieschertal

SVP-HIT
GUTSGHEIN
SVP Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR. 50.-
pro Person/Nacht

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpeblick.ch - alpeblick@rhone.ch

Unsere Sicherheit:

Die Volksinitiative gegen Kampfjetlärm bedeutet faktisch die Abschaffung unserer Luftwaffe und damit einen klaren Schritt in Richtung Abschaffung unserer Armee. Die Initiative hätte weitreichende Konsequenzen für unser Land:

- Durch ein Verbot aller Übungs-, Ausbildungs- und Einsatzflüge in Friedenszeiten würde unsere Armee derart entscheidend geschwächt, dass ihre operationelle Einsatzbereitschaft nicht mehr gewährleistet wäre. Eine Armee ohne Luftwaffe ist schlicht nicht glaubwürdig.
- Die Initiative gefährdet unsere Souveränität und Neutralität. Bei einer Annahme wäre die Schweiz nicht mehr in

der Lage, ihren eigenen Luftraum zu kontrollieren. Damit können wir unsere Bevölkerung nicht mehr vor Bedrohungen aus der Luft schützen.

- Unser Land würde von einem der sichersten zu einem der unsichersten Länder der Welt. Grossanlässe wie die EURO 08 wären undenkbar. Die Folgen für unseren Wirtschaftsstandort und damit für unsere Lebensqualität wären verheerend.

Die Schweiz braucht eine einsatzbereite und schlagkräftige Luftwaffe zum Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur.

Deshalb Nein zur Abschaffung unserer Luftwaffe!

Unsere Wirtschaft:

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. In 300 000 KMU sind 2 Millionen Menschen beschäftigt. Damit leisten sie einen ganz wichtigen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes.

Unsere KMU leiden unter steuerlichen Ungerechtigkeiten. Das bremst und behindert die wirtschaftliche Dynamik. Die Unternehmenssteuerreform mildert den Druck auf die KMU und bringt in den wichtigsten Punkten entscheidende Verbesserungen:

- Gewinne von Aktiengesellschaften werden heute doppelt besteuert. Zuerst als Unternehmensgewinn, dann als Dividende. Hier bringt die Reform Milderung: Neu werden Dividenden nur noch zu 60 % (Beteiligungen im Privatver-

mögen) bzw. 50 % (Beteiligungen im Geschäftsvermögen) besteuert, wenn Beteiligungen von mindestens 10 % gehalten werden.

- Weitere Erleichterungen und Vereinfachungen betreffen die Steuerbefreiung eingezahlter Reserven. Zudem werden Steuern reduziert, die beim Halten von Beteiligungen oder bei der Aufnahme von neuem Kapital für Auffanggesellschaften und Genossenschaften anfallen.
- Liquidationsgewinne werden milder besteuert. Durch den Aufschub der Besteuerung der stillen Reserven beim Erbgang wird die Weiterführung des Betriebs durch einzelne Erben erleichtert. Damit werden Nachfolgeregelungen und Umstrukturierungen erleichtert.

Deshalb Ja zur Unternehmenssteuerreform!

Luftwaffe abschaffen?

Anti-Luftwaffen-Initiative

NEIN

